

Neue Rhein Zeitung vom 11.12.2014, S. 5

Bundesmittel: Städte empört über Rot-Grün

Landesregierung leitet Finanzhilfen für die Unterbringung von Flüchtlingen nur teilweise an Kommunen weiter

Von Jan Jessen

An Rhein und Ruhr. Die Kosten für die Versorgung und die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern steigen rasant, die Belastung für die Städte und Gemeinden an Rhein und Ruhr ist enorm. Jetzt herrscht in den Rathäusern blanke Wut, weil die Landesregierung finanzielle Hilfen des Bundes mit Finanzzusagen verrechnet, die sie beim Flüchtlingsgipfel im Oktober versprochen hatte. Auch die CDU-Opposition im Landtag ist empört.

Essens Sozialdezernent Peter Renzel ist „sprach- und fassungslos“ und wirft der rot-grünen Landesregierung vor, sich „aus der Landesunterstützung für die Kommunen völlig verabschiedet“ zu haben. Sein Duisburger Kollege Reinhold Spaniel ist „mehr als enttäuscht“ und wirft Düsseldorf vor, die Kommunen allein zu lassen.

Grund für die Erregung ist ein Manöver, das die CDU-Opposition im Landtag als „Taschenspielertrick“ bezeichnet: Beim Flüchtlingsgipfel am 20. Oktober hatte die Landesregierung den Kommunen finanzielle Hilfen zugesagt. So versprach sie eine Erhöhung der Landespauschale, mit der den Städten und Gemeinden zumindest ein Teil ihrer Kosten erstattet wird – um 40 Millionen Euro auf 183 Millionen Euro im kommenden Jahr. Eine willkommene Hilfe, aber trotzdem nur ein Tropfen auf den heißen Stein: In Essen beispielsweise rechnet man im

Rathaus für das kommende Jahr mit bis zu 34 Millionen Euro Kosten, erstattet werden trotz Aufstockung der Mittel gerade einmal 5,5 Millionen Euro. Rund einen Monat nach dem Flüchtlingsgipfel gab der Bund bekannt, dass er im kommenden Jahr den Kommunen mit zusätzlich 500 Millionen Euro unter die Arme greifen will – 108 Millionen Euro sollen nach NRW gehen. Davon hatten sich die Kommunen eine „erhebliche finanzielle Entlastung“ versprochen.

Allerdings wird nun nur die Hälfte dieses Geldes direkt an die Kommunen fließen, wie Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Schulministerin Sylvia Löhrmann, Innenminister Ralf Jäger und Sozialminister Guntram Schneider am Dienstag nachmittag Vertretern der kommunalen Spitzenverbände erläuterten. Die restlichen 54 Millionen Euro – die das Land dem Bund in den kommenden 20 Jahren zurückerstatten muss – sollen mit den Zusagen des Flüchtlingsgipfels und der völlig unabhängig davon beschlossenen Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit verrechnet werden.

CDU: „Ein Armutszeugnis“

Stephan Articus, Geschäftsführer des Städtetags NRW, ist über die Entscheidung enttäuscht: „Der Städtetag NRW bedauert, dass die Kommunen bei der Versorgung und Unterbringung von Asylbewerbern

und Flüchtlingen nicht in dem Umfang entlastet werden, den sie nach der Zusage der Bundesmittel erwartet hatten“, sagte er der NRZ. Diplomatisch fügte er aber an, dass das Land beim Flüchtlingsgipfel „einen wichtigen Schritt zur Entlastung der Kommunen vollzogen“ habe.

Derlei Diplomatie ist der Opposition im Landtag naturgemäß fremd, weswegen André Kuper, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, Rot-Grün deutlich kritisiert: „Wie befürchtet, leitet die Landesregierung die Bundesmittel nicht in kompletter Höhe an die Kommunen weiter, sondern finanziert damit ihr großspurig angekündigtes Hilfspaket des Flüchtlingsgipfels“, so Kuper gegenüber der NRZ. Es sei „ein Armutszeugnis für Rot-Grün, dass jetzt auch noch auf Kosten der Flüchtlinge der Landeshaushalt gerettet werden soll“.

In den Rathäusern ist die Kritik ähnlich harsch: Als Vertreter einer Kommune, die auf jeden Euro Entlastung angewiesen sei, könne er angesichts der Entscheidung der Landesregierung nur sein „völliges Unverständnis“ ausdrücken, so Essens Sozialdezernent Peter Renzel. Er fordert die komplette Weiterleitung der Bundesmittel: „Wir benötigen dringend diese Entlastung.“ Und Reinhold Spaniel aus Duisburg grantelt: „Bei der Finanzbeziehung zwischen Bund und Ländern bleiben die Kommunen auf der Strecke.“

NRZ